

Stadt Cottbus / město Chośebuz
Der Oberbürgermeister



Vorlagen-Nr.	
StVV	I-012/08
HA	

Dezernat: I

Amt:

Termin der Tagung: 28.05.2008

Vorlage zur Entscheidung	
☐ durch den Hauptausschuss	☒ öffentlich
☒ durch die Stadtverordnetenversammlung	☐ nichtöffentlich

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☒ Dienstberatung Rathauspitze	20.05.2008	☐ Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.	
☒ Haushalt und Finanzen		☐ Umwelt	
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen		☒ Hauptausschuss	21.05.2008
☐ Wirtschaft		☒ Stadtverordnetenversammlung	28.05.2008
☐ Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	

Beratungsgegenstand:

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushalt 2008 zur weiteren Untersetzung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung Verwaltungshaushalt 2008-2012

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge zur Finanzierung der Fortführung der Beratungsleistung der Rechtsanwalts- und Steuerberatungskanzlei Salans LLP sowie zur Beauftragung weiterer Fachanwälte für die Begleitung der Untersetzung der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 2008 bis 2012 Verwaltungshaushalt „Reduzierung der Personalausgaben“ - HSK-Maßnahme Nr. 1, „Reduzierung der Sachkosten“ Maßnahmen-Nr.: 5 bis 8 sowie weitere HSK-Maßnahmen eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 100 T€ für den Haushalt 2008 genehmigen.

Frank Szymanski

Beratungsergebnis des HA/der StVV:

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
- ☐ laut Beschlussvorschlag
- ☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**:

Problembeschreibung/Begründung:

Am 31.03.08 wurde den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung eine Analyse von Möglichkeiten und eine Gesamtpaket zum Personalabbau in der Stadtverwaltung Cottbus durch die Rechtsanwalts- und Steuerkanzlei Salans LLP und die Verwaltungsspitze vorgestellt.

Erstmals wurden sowohl arbeitsrechtliche, steuerrechtliche und organschaftliche Auswirkungen in einem Gesamtpaket betrachtet und in Maßnahmevorschlägen zusammengeführt.

Durch die Vertreter der Fraktionen wurden die Maßnahmen am 30.04.2008 nochmals ausführlich erörtert und nach Prioritäten gewichtet.

Die in dem Maßnahmepaket unterbreiteten Vorschläge zur Privatisierung und Aufgabenübertragungen der „Immobilienwirtschaft“ bedürfen gemäß § 100 Gemeindeordnung des Landes Brandenburg und des § 91 der brandenburgischen Kommunalverfassung der Prüfung der Wirtschaftlichkeit der jeweiligen Maßnahmen. Diese soll für die Immobilienwirtschaft vorbereitet werden (siehe Anlage).

Weiterhin wurden Möglichkeiten zur Reduzierung des Personalbestandes mit den Vertretern aller Fraktionen erörtert. Zur Umsetzung und Begleitung der Einzelmaßnahmen benötigt die Stadtverwaltung die rechtliche Unterstützung durch Fachanwälte.

Die umfassenden Untersuchungen und rechtlichen Betrachtungen konnten in der voraussichtlichen Höhe bisher nicht haushaltsseitig vorhergesehen und geplant werden. Die Stadtverordnetenversammlung wird daher um die Bereitstellung der Mittel in Höhe von 100 T€ finanziert durch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer gebeten.

Erste Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Immobilienwirtschaft sollen der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2008 zur Kenntnis gereicht werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Ja



Nein

1. Gesamtkosten:

2008 100 T€

2. Sicherstellung der Finanzierung:

Haushaltsstelle 1.0300.655000

Überplanmäßige Ausgabe Haushalt 2008 gesichert durch Verwendung von Mehreinnahmen der
Haushaltsstelle Gewerbesteuer: 1.9000.00300**3. Folgekosten:**